



NACHHALTIGES ENGAGEMENT ODER WIRTSCHAFTS- POLITISCHES KALKÜL?

China investiert weltweit Milliarden für Infrastrukturprojekte und baut sein multilaterales Engagement im Rahmen der UNO sowie die Beteiligung an UN-Friedensmissionen stark aus. Purer Eigennutz oder eine neue Form von hypereffizienter Entwicklungszusammenarbeit?

Text: Samuel Schlaefli

Das «Forum on China-Africa Cooperation» (FOCAC) in Peking im September 2018 stand sinnbildlich für Chinas neue geopolitische Position. Staatschefs aus mehr als vierzig afrikanischen Staaten sowie tausende Geschäftsleute waren angereist. Selbst António Guterres gab sich die Ehre – zum ersten Mal überhaupt, dass ein UN-Generalsekretär eine Keynote-Rede am Forum hielt. Zum Abschluss verkündete Premier Xi Jinping, dass China in den kommenden Jahren 60 Milliarden Dollar in Afrika investieren werde. Standing Ovations der afrikanischen Gäste waren ihm gewiss.

Der rapide Aufschwung Chinas zur zweitgrössten Wirtschaftskraft spiegelt sich seit einigen Jahren auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Besonders augenscheinlich ist dies in Afrika. «Das erste FOCAC im

Jahr 2000 war eine Art Zeitenwende für Afrika», sagt Ruedi Küng, bis 2010 Afrikakorrespondent für SRF und Inhaber der Agentur infoafrica. «Plötzlich erhielten die Regierungen Milliarden, die nicht an politische oder moralische Bedingungen geknüpft waren.» Was China seither auf dem Kontinent geleistet habe, sei unerhört, sagt Küng nicht ohne Bewunderung. «Ich sah ein Beispiel nach dem anderen, wo China in kurzer Zeit mehr geleistet hat, als europäische Partner über Jahrzehnte.»

Zuglinien, Autobahnen, Wasserkraftwerke

Laut einer minutiös geführten Datenbank der Johns Hopkins University in Baltimore/USA hat China zwischen 2000 und 2017 Darlehen von 143 Milliarden US Dollar an afrikanische Staaten vergeben. Experten schätzen, dass heute eine Million Chinesen auf dem Kontinent arbeiten. Mit Investitionen in Infrastruktur und erleichterten Handelsbedingungen wurde der Kontinent regelrecht umgepflügt: Neue Zuglinien in Äthiopien und Kenia, Autobahnen in Algerien, Sonderwirtschaftszonen in Ruanda, ein Wasserkraftwerk in Sambia – bei fast allen grösseren Infrastrukturprojekten der vergangenen Jahre hatte China seine Hände im Spiel.

Oberstes Gebot ist dabei stets die Respektierung der Staatssouveränität, was auch für Diktaturen gilt, wie im Fall Simbawes unter Robert Mugabe. Laut Sabine Mokry vom «Mercator Institute for China Studies» (MERICS) in Berlin sind an Chinas «Entwicklungszusammenarbeit» bis zu 33 verschiedene staatliche Akteure beteiligt, wobei das Aussenministerium und das Handelsministerium die weitaus mächtigsten seien. Die Transparenz bezüglich der Investitionen ist niedrig. China fühlt sich den OECD-Regeln nicht verpflichtet, und Zahlen werden nicht öffentlich kommuniziert. Es sei deshalb auch schwierig nachzuverfolgen, wohin die Gelder genau fliessen, sagt Mokry.

Die Angst vor der «neuen Kolonialisierung»

Die neue Umtriebigkeit Chinas in Afrika kommt nicht überall gut an. 2011 warnte die damalige US-Aussenministerin Hillary Clinton bei einem Besuch in Sambia im Fernsehinterview, Afrika müsse sich vor einer «neuen Kolonialisierung» schützen. Seither wurde dieser Vorwurf in den Medien zigfach wiederholt. Zuletzt äusserte der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad beim Staatsbesuch in Peking im August

Die 2017 eröffnete und 659 Kilometer lange Bahnstrecke zwischen Addis-Abeba und Dschibuti kostete 3,3 Milliarden Dollar. Sie wurde von drei chinesischen Banken finanziert.

© Andrew Jacobs/NTI/Redux/laif

2018 seine diesbezüglichen Bedenken im asiatischen Kontext.

Franklyn Lisk, Professor am «Centre for the Study of Globalisation and Regionalisation» der englischen Elite-Universität Warwick, ist in Sierra Leone aufgewachsen, forscht seit Jahren zum chinesischen Engagement in Afrika und pflegt Beziehungen mit afrikanischen Politikern und Forschern genauso wie mit chinesischen. Er widerspricht den Vorwürfen einer erneuten Kolonialisierung: «Chinas Investitionen sind getrieben von einer enormen Nachfrage nach Infrastrukturentwicklung.» Ob die chinesischen Investitionen am Ende der Bevölkerung zugute kämen, hänge in erster Linie von der Politik der afrikanischen Staaten ab. Er wehrt sich gegen das vorherrschende Bild, wonach passive afrikanische Staaten vom übermächtigen roten Drachen nach Belieben gegängelt werden. Äthiopien und Ruanda seien gute Beispiele dafür, wie Regierungen mit Unterstützung Chinas Arbeitsplätze schaffen und die Armut reduzieren. Und was die vom früheren US-Aussenminister Rex Tillerson beklagten «räuberischen Kredite» Chinas angehe, welche afrikanische Staaten in die Schuldenfalle treibe, habe er seine Nachforschungen angestellt: «70 Prozent der Schulden afrikanischer Staaten betreffen klassische multilaterale Organisationen wie die OECD. Nur vier von 55 Staaten Afrikas haben mehr Schulden bei China als bei westlichen Gläubigern.»

Lisk warnt auch davor, das chinesische Engagement lediglich auf Wirtschaftsförderung zu reduzieren. «China investiert in nationale Gesundheitssysteme und spielte beim Ebola-Ausbruch in Westafrika eine wichtige Rolle.» Zudem profitierten heute rund 10000 afrikanische Studenten von Stipendien an chinesischen Universitäten. «Afrikaner werden dort zu Ärzten oder Ingenieuren ausgebildet, und viele kehren in ihr Land zurück.» Hinzu komme eine diplomatische Offensive. «China will vermehrt Einfluss nehmen in multilateralen Organisationen, wie die UN oder der Internationale Währungsfonds.»

Tatsächlich: Betrogen Chinas Beiträge ans UN-Budget 2010 noch 67 Millionen Dollar, so waren es 2018 bereits 193 Millionen. China beteiligt sich seit 2010 am United Nations Development Programme und unterstützt UN-Friedensmissionen in zehn Ländern, vor allem in Afrika. 2015 kündigte Xi Jinping den Ausbau des Engagements auf 8000 Personen als Teil der permanenten UN-Friedenstruppe an. Ende September 2018 stellte China 2500 (von insgesamt rund 90000) Blauhelmen und rutschte damit auf Platz elf der Länder mit der höchsten personellen Beteiligung. China füllt derzeit geschickt das Vakuum in der UNO, das die USA unter der aktuellen Regierung hinterlässt.

Verflogene Euphorie

Die meisten Experten sind sich einig: Der Vorwurf einer neuen «Kolonialisierung» durch China greift zu kurz. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Präsenz Chinas namentlich in Afrika nicht auch neue Probleme schafft. Ruedi Küng erzählt von Verdrängungskämpfen auf Kleinmärkten und latentem Rassismus, den er gegenüber Afrikanern erlebt habe. Zudem verweist er auf die Praxis Chinas, gestützt auf seine Verträge, bei ausstehenden Zahlungen nationale Infrastrukturen zu übernehmen – so geschehen in Sri Lanka mit dem Hafen Hambantota. Die Euphorie gegenüber chinesischen «Entwicklungsgeldern» sei denn auch punktuell bereits wieder etwas verflogen. Zum Beispiel in Sierra Leone, wo die neugewählte Regierung ein 400 Millionen-Dollar-Projekt für den Neubau eines Flughafens sistierte, das die Vorgängerregierung mit China vereinbart hatte.

Franklyn Lisk sieht mögliche Risiken der sino-afrikanischen Kooperation in chinesischen Verträgen, welche für die Partner oft unverständlich seien. Zudem sollten Fragen der Nachhaltigkeit und der Schaffung von langfristigen Arbeitsplätzen stärker in den Fokus rücken und die Zivilgesellschaft am Dialog beteiligt werden. «Am wichtigsten ist jedoch, dass

afrikanische Staaten Verantwortung übernehmen», ist er überzeugt. «Ob das Geld am Ende in einen neuen Präsidentschaftspalast fliesst oder in ein Spital, bestimmt die jeweilige Regierung.» ■

CHINA ALS NEUER EZA-PARTNER FÜR DIE SCHWEIZ?

Mit der im April 2018 gegründeten «China International Development Cooperation Agency» (CIDCA) engagiert sich China stärker in bilateralen Entwicklungsprojekten. In einer ersten Ausschreibungsrunde hat das CIDCA zwei Milliarden Dollar vor allem für multilaterale Projekte ausgeschrieben. Dies im Rahmen von Chinas Süd-Süd-Kooperationsstrategie. Felix Fellmann, Chef der internationalen Kooperation der Schweizer Botschaft in Peking, geht davon aus, dass der Hauptanteil der Gelder an UN-Projekte gehen wird. Mittelfristig ergäben sich aber auch neue Chancen für die Schweiz. Das CIDCA habe bereits Interesse bei der DEZA angemeldet, für Themen wie Projektmanagement und spezifische Ländererfahrungen in Afrika zusammenzuarbeiten. Möglichkeiten zur Kooperation erkennt Fellmann in trilateralen Projekten mit der UNO, zum Beispiel im Bereich von wasserbasierten Krankheiten in der Mekong-Region oder in einer klimaresilienten Landwirtschaft in Afrika.